

Brühler Zeitung

Brühler Lokalanzeiger - Brühler Stadtanzeiger - Brühler Volkszeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Bsp. Resten 30 Bsp. Druckgebühr und Anzeigenverteilung 30 Bsp. Bei zweifacher Platzierung oder Sonstiger Rabatt 50%. Platzverträge sind unwiderruflich. Unverlangt eingekaufte Anzeigen werden nur dann zurückgegeben, wenn Rückporto beiliegt.

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 * Fernsprecher 2108.

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.50 RM. einchl. Trägerlohn.

Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. - Störungen infolge höherer Gewalt rechtfertigen keine Entschädigung.

Beilagen: Der Familienfreund * Sport * Aus der Welt der Frau * Der praktische Landwirt * Der Erzähler * Der Mittelstand * Sonntagsfreude * Rundfunk

Nr. 168

Donnerstag 21. Juli 1932

35. Jahrgang

Ein Reichskommissar für Preußen.

Gewalttames Vorgehen des Kabinetts Papen gegen die preussische Regierung - Minister werden mit Gewalt aus ihrem Amt entfernt - Polizeipräsidenten verhaftet - Ausnahmezustand über Berlin.

Reichskommissar für Preußen.

Nur in einem Teil unserer gestrigen Ausgabe konnten wir mitteilen, daß gestern bereits durch Verordnung des Reichspräsidenten der Reichskanzler von Papen zum Reichskommissar für Preußen und der bisherige Oberbürgermeister von Essen Dr. Bracht zu dessen Bevollmächtigten ernannt wird.

Herr von Papen soll damit an die Stelle des preussischen Ministerpräsidenten und Dr. Bracht an die Stelle des Innenministers treten.

Die Reichsregierung hat also alle Warnungen in den Wind geschlagen und doch diesen Weg beschritten, dessen Ende nicht abzusehen ist. Wir bringen noch folgende Einzelmeldungen.

Der amtliche Wortlaut.

WM Berlin, 20. Juli. Auf Grund des Artikels 48 Absatz 1 und 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet des Landes Preußen folgendes:

§ 1: Für die Geltungsdauer dieser Verordnung wird der Reichskanzler zum Reichskommissar für das Land Preußen bestimmt. Er ist in dieser Eigenschaft ermächtigt, die Mitglieder des preussischen Staatsministeriums ihres Amtes zu entheben. Er ist weiter ermächtigt, selbst die Dienstgeschäfte des preussischen Ministerpräsidenten zu übernehmen und andere Personen als Kommissare des Reichs mit der Amtsführung der preussischen Ministerien zu betrauen. Dem Reichskanzler stehen alle Befugnisse des preussischen Ministerpräsidenten, den von ihm mit der Führung der preussischen Ministerien betrauten Personen über die Befugnisse des preussischen Staatsministeriums aus.

§ 2: Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Reudef und Berlin, 20. Juli 1932.

Die Begründung der Reichsregierung.

WM Berlin, 20. Juli. Durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 ist der Reichskanzler zum Kommissar für Preußen bestellt worden. In dieser Eigenschaft hat er auf Grund der ihm erteilten Vollmachten den Ministerpräsidenten Braun und den Minister des Innern Severing ihrer Ämter enthoben. Die Befugnisse und Aufgaben des preussischen Ministerpräsidenten sind auf den Reichskanzler als Reichskommissar übergegangen.

Die Selbständigkeit des Landes Preußen im Rahmen der Reichsverfassung wird nicht angetastet. Die Reichsregierung erwartet vielmehr, daß alsbald eine baldige Beendigung des auf Grund der Notverordnung geschaffenen Zustandes eintreten wird.

Die blutigen, von kommunistischer Seite hervorgerufenen Unruhen haben die Reichsregierung vor die schwere Aufgabe

gestellt, von sich aus für Ruhe und Sicherheit im größten Land Deutschlands zu sorgen. In den übrigen deutschen Ländern, in denen die Polizeibehörden straff geleitet werden, besteht keine Befürchtung, daß kommunistische Unruhen Erfolg erzielen.

Die Reichsregierung bedauert lebhaft, daß diese Voraussetzungen für Preußen nicht in dem notwendigen Umfang zutreffen, obgleich die ordentlichen Polizeibehörden durch Einsatz von Person und Leben der Beamten sich bemüht haben, der offenbar von langer Hand vorbereiteten Unruhen Herr zu werden.

In Preußen hat die Reichsregierung die Beobachtung machen müssen, daß Planmäßigkeit und Zielbewußtheit der Führung gegen die kommunistische Bewegung fehlen.

Es ist kein Zufall, daß gerade in Preußen die kommunistische Kampforganisation am stärksten und erfolgreichsten aufgetreten ist und an den verheerendsten Orten ernste und blutige Unruhen hervorgerufen hat. Es besteht der begründete Verdacht, daß hohe preussische Dienstleute in Berlin und an anderen wichtigen Punkten nicht mehr die innere Unabhängigkeit besitzen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendig ist. Dadurch ist in weiten Kreisen der Behörden, der Exekutivbeamten, sowie der Bevölkerung die staatliche Autorität erschüttert. Verstärkt ist dieser Eindruck in der Öffentlichkeit durch die ungezügelten scharfen Angriffe des preussischen Ministers des Innern und anderer hoher Beamten gegen die Reichsregierung. Die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reichsregierung und Landesregierung ist durch dieses Auftreten unmöglich gemacht worden. Unter diesen unerträglichen Umständen ist die vorübergehende Zusammenfassung der Wachtmittel des Reichs und Preußens in der Hand des Reichskanzlers als Reichskommissar für Preußen der einzige Weg zur raschen Befriedung des größten deutschen Landes.

Ausnahmezustand über Berlin.

WM Berlin, 20. Juli. Der Reichspräsident hat folgende Verordnung erlassen:

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung verordne ich zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Groß-Berlin und Provinz Brandenburg folgendes:

§ 1. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Hausdurchsuchungen und von Beschlagnahmungen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2. Mit der Bekanntmachung dieser Verordnung geht die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister über, der sie auf Militärbefehlshaber übertragen kann.

Zur Durchführung der zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen wird dem Inhaber der vollziehenden Gewalt die gesamte Schutzpolizei des bezeichneten Gebiets unmittelbar unterstellt.

§ 3.

Wer den im Interesse der öffentlichen Sicherheit erlassenen Anordnungen des Reichswehrministers oder des Militärbefehlshabers zuwiderhandelt oder zu solchen Zuwiderhandlungen auffodert oder anreizt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze eine höhere Strafe bestimmen, mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Mark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Absatz 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei milderen Umständen mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten und, wenn die Zuwiderhandlungen den Tod eines Menschen verursachen, mit dem Tode, bei milderen Umständen mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Daneben kann auf Vermögensziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeinen Gefahr oder Zuwiderhandlung (Absatz 2) auffodert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei milderen Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 4.

Die in den Paragraphen 81 (Hochverrat), 302 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Ueberschuldungen), 315 Absatz 2 (Beschädigungen von Eisenbahnanlagen) des Strafgesetzbuchs mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraften Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach der Verkündung der Verordnung begangen sind; unter der gleichen Voraussetzung kann im Falle des Paragraphen 92 (Landesverrat) des Strafgesetzbuchs auf Todesstrafe erkannt werden; ebenso in den Fällen des Paragraphen 125 Absatz 2 (Mädelsführer und Gewalttätigkeiten bei Zusammenrottungen) und Paragraph 115 Absatz 2 (Mädelsführer und Widerstand bei Aufruhr), wenn der Täter den Widerstand, die Gewalt oder Drohung mit Waffen oder des bewaffneten und gewollten Zusammenstehens mit Bewaffneten begangen hat.

§ 5.

Auf Ersuchen des Inhabers der vollziehenden Gewalt sind durch den Reichsminister der Justiz außerordentliche Gerichte zu bilden.

Zur Zuständigkeit dieser Gerichte gehören außer den im Paragraph 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 23. März 1931 (Reichsgesetzblatt Seite 371) aufgeführten Straftaten, auch die Vergehen und Verbrechen nach Paragraph 3 der vorliegenden Verordnung.

§ 6.

Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Reudef und Berlin, den 20. Juli 1932.

Amtsenthebung Severings.

WM Berlin, 20. Juli. (Trahtb.) Bei dem Besuch im preussischen Innenministerium befand sich in Begleitung Dr. Brachts nicht nur ein Polizeioffizier, sondern auch Polizeipräsident Melcher. Der bisherige Minister Severing wurde aufgefordert, sein Amt niederzulegen. Minister Severing erwiderte, daß er sich weigere, dieser Aufforderung nachzukommen, und nur unter der Gewalt weichen werde. Als darauf die Anwendung von Gewalt angedroht wurde, verließ Minister Severing die Amtsräume und begab sich in seine Wohnung, die sich in demselben Gebäude befindet. Damit ist die Amtsentsetzung des bisherigen preussischen Innenministers vollzogen. Dr. Bracht wird die Leitung des Ministeriums morgen früh übernehmen.

Alarmierende Nachrichten.

21. Juli 1932.

Alarmierende Nachrichten aus Berlin. Jetzt überflutet man die ganze Schwere der Folgen, die durch den Sturz des Kabinetts Brüning herbeigeführt wurden. Angesichts der neuesten Vorgänge ist nicht abzusehen, wie lange noch die Pressefreiheit hier bei uns bestehen wird. Wir bekennen uns in Treue zur Verfassung, zu jener Verfassung, die Reichspräsident u. Reichsregierung feierlich beschworen haben. Wir halten an dieser Verfassung fest, weil wir wissen, daß jeder Angriff auf diese Verfassung an die Grundfesten des Reiches rührt. Wir rufen daher auch alle unsere Getreuen auf, diese Richtlinie zum Grundriss unseres Handelns zu machen. Wir stehen in unentwegter Treue zum deutschen Volkstaat. Wir stehen geschlossen hinter unseren Führern.

Noch gestern wurde berichtet, daß die Reichsregierung keine Beschlüsse gefaßt habe über ein Vorgehen in Preußen. Zur gleichen Zeit, als dies veröffentlicht wurde, ging der Eingriff schon vor sich. Ein Eingriff, der das durchführt, was die Rechte seit Tagen und Wochen in ihrer Presse verlangt hat. Die Regierung Papen hat inzwischen offen zugegeben, daß die Enthüllungen über die Mitwirkung und Tolerierung des Kabinetts Papen durch Hitler, die wir am Dienstag veröffentlicht haben, zutreffend sind. Darum ist auch jetzt der Druck der Nationalsozialisten offenkundig. Das Schreiben des nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Herrl an den Reichskanzler gab bereits die Direktiven, denen die Reichsregierung jetzt gefolgt ist.

Die bisherige preussische Regierung, die durchaus verfassungsmäßig amtierte, wird sich auf legalem Wege gegen den Eingriff in die Verfassung zur Wehr setzen. Wir stellen fest, daß dieser Eingriff unbegründet ist. Es ist ungeheuerlich, der preussischen Regierung vorzuwerfen, daß sie im Gegensatz zu den übrigen Ländern nicht ihre Pflicht getan habe in der Bekämpfung der Unruhen. Der Beweis für diese Behauptung ist nicht zu erbringen. Denn das, was nationalsozialistische Blätter als angeblichen Beweis vorbringen, sind partiell einseitige Vorwürfe gegen verhaftete Beamte aus anderen Parteien. Andererseits wird die preussische Regierung den Beweis erbringen können, daß sie mehr als ihre Pflicht getan hat. Der Versuch, durch die Diskriminierung zwischen Preußen und den übrigen Ländern namentlich die Süddeutschen ruhig zu halten, geht daneben. Die bayerische Regierung kündigt bereits ihren grundsätzlichen Protest an.

Wir haben tiefe Sorge um die Zukunft des Reiches, dessen Ordnung und Einheit heute schwer bedroht erscheint. Eine Regierung, die keinen Auftrag des Volkes besitzt, die im Widerspruch steht zu dem überwiegenden Teil des Volkes, hat durch ihr Vorgehen im Innern einen Sturm entfesselt, für den sie allein die Verantwortung übernehmen muß. - Nein, doch nicht! - Mitverantwortlich sind auch die Nationalsozialisten, die durch ihr jetziges Verhalten wieder ganz deutlich ihre Verbindung mit der Papenregierung beweisen. Die Ablehnungsversuche eines Goebbels sind durch die Ereignisse Lügen gestraft. Es ist restlos bewiesen, daß die Reichsregierung sich auf die Nationalsozialisten stützt.

Was die Person des Herrn Dr. Bracht angeht, so galt er als „dem Zentrum nahestehend“. Als solcher wurde er jedenfalls

f. St. zum Oberbürgermeister in Essen gewählt. Es bedarf keiner Frage, daß sein neuestes Verhalten ihn in Gegensatz zur Zentrumspartei stellt. Die Konsequenzen sind unaussprechlich.

Wir gehen vielleicht schweren Zeiten entgegen. Schon deuten Verordnungen wie Verhängung des Belagerungszustandes in Berlin (nicht hier im Rheinland) an, daß man mit weitgehender Einschränkung der freien Meinungsäußerung rechnen muß. Was wir erleben, ist bereits eine Diktatur. Nur eine freie Wahl des Volkes am 31. Juli kann jetzt den Boden abgeben zur Wiederherstellung ordnungsmäßiger Zustände. Die Reichsregierung ist verantwortlich für die freie und unbeeinflusste Durchführung dieser Wahl.

Darum auf, Du Volk der Heimat! Zeige, daß Du nicht gewillt bist, Dir die Freiheit nehmen zu lassen. Keiner darf der Wahl fern bleiben! Alle Stimmen dem Fort bürgerlicher Freiheit, dem Zentrum! Wir werden von dieser Regierung Rechenschaft fordern für alles, was sie unternommen hat. Sie hat ohne Auftrag des Volkes die Geschäfte übernommen und damit eine ungeheure Verantwortung auf sich geladen, die sie tragen muß.

Bracht bei Seevering.

Der mit der Führung der Geschäfte des preussischen Ministeriums des Innern beauftragte Oberbürgermeister Dr. Bracht hat, wie bereits angekündigt, heute nachmittag den bisherigen Minister des Innern Seevering in seinem Amt aufsucht. In dieser Aussprache versicherten sich, wie wir hören, beide Männer gegenseitig ihrer persönlichen Hochachtung und Eignung für das Amt des Ministers des Innern. Seevering blieb jedoch bei seiner am Vormittag abgegebenen Erklärung, daß er nur der Gewalt weichen werde. Abends lehrte Dr. Bracht zurück in Beiseite des neuen Berliner Polizeipräsidenten Dr. Meißner und eines höheren Polizeioffiziers. Alle drei begaben sich zu Minister Seevering, der in einer kurzen Unterredung mit ihnen weiter an seinem bisher eingenommenen Standpunkt festhielt, worauf ihm Dr. Bracht unter Hinweis auf seine polizeiliche Begleitung erklärte, daß er abgesetzt sei, und daß er sein Amtszimmer räumen und seine Dienstwohnung aufsuchen müsse.

Darauf räumte Minister Seevering sein Zimmer und suchte seine im gleichen Hause befindliche Privatwohnung auf. Dr. Bracht wird am Donnerstagvormittag seine Dienstgeschäfte im Ministerium des Innern aufnehmen.

Die Berliner Polizeiführer verhaftet.

EMB Berlin, 20. Juli. (Eig. Meld.) Wie wir erfahren, wurden im Polizeipräsidium der bisherige Polizeipräsident Grzesinski, Vizepräsident Dr. Weiß und Kommandeur Heimannsberg gegen 17.45 Uhr abends von einem Offizier und 12 Mann der Reichswehr verhaftet und im Kraftwagen nach der Offiziers-Karrest-Anstalt Moabit abgeführt. Während der Abführung wurden in den Gängen des Polizeipräsidiums von Beamten Schüsse auf die Republik ausgebracht.

Wieder aus der Haft entlassen.

Wesentlich anders dagegen haben sich die Verhandlungen mit den hohen Beamten des Berliner Polizeipräsidiums abgespielt. Auf Befehl des Inhabers der vollziehenden Gewalt, Generals von Rundstedt, begleitete ein Reichswehrkommando den neuen Polizeipräsidenten, Dr. Meißner, und den neuen Oberkommandierenden der Schutzpolizei, Poten, zum Präsidium. Meißner und Poten richteten an den Polizeipräsidenten Grzesinski, den Polizeivizepräsidenten Weiß und den Kommandeur der Schutzpolizei, Oberst Heimannsberg, die Aufforderung, ihre Ämter zu übergeben. Nachdem Grzesinski noch in den Mittagsstunden sich bereit gezeigt hatte, freiwillig sein Amt zu verlassen, erklärte er nunmehr, ohne Zweifel auf Anweisung von höherer Stelle und in Übereinstimmung mit den beiden anderen Beamten, daß für sie der Ausnahmezustand nicht gelte und daß sie die Ernennung von Nachfolgern nicht anerkennen könnten.

Darauf wurden die drei Beamten Grzesinski, Dr. Weiß und Oberst Heimannsberg durch die Soldaten in Haft genommen. In der achten Abendstunde wurden sie wieder aus der Haft entlassen.

Vorher sie aus der Haft entlassen wurden, erschien bei ihnen ein Offizier der Reichswehr. Dieser legte jedem der drei ein Schriftstück zur Unterzeichnung vor, das folgenden Wortlaut hat: „Nach meiner gewaltsamen Entlassung aus dem Amt erkläre ich mich bereit, mich jeder

weiteren Dienstmaßnahme zu enthalten.“ Die drei Herren haben dieses Schriftstück unterzeichnet und sind darauf entlassen worden. Sie werden an das preussische Ministerium des Innern einen Einspruch gegen ihre gewaltsame Entfernung vom Amt richten.

Der Militär-Befehlshaber.

EMB Berlin, 20. Juli. (Mitteil.) wird mitgeteilt:

Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 übertrage ich die vollziehende Gewalt für den Bezirk Groß-Berlin und Brandenburg auf den Befehlshaber des Wehrkreises 3, Generalleutnant von Rundstedt, gez. von Schleicher.

Stellungnahme der preussischen Regierung.

Berlin, 20. Juli. Die alte preussische Regierung nimmt zu den Vorgängen wie folgt einstimmig Stellung:

Die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen, dem die gesamte vollziehende Gewalt übertragen wird, widerspricht nach Ansicht der preussischen Regierung der Reichsverfassung:

1. weil kein Anlaß zu einer solchen Maßnahme vorliegt;
2. weil die Einsetzung keine „notige“ Maßnahme zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist;
3. weil die Einsetzung vielmehr andere Zwecke verfolgt.

Die preussische Staatsregierung wird daher sofort den Staatsgerichtshof anrufen und bis zu dessen Entscheidung den Erlass einer einstweiligen Verfügung beantragen.

Sowohl auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung unmittelbar oder mittelbar durch einen Reichskommissar in Artikel 17 der Reichsverfassung eingegriffen wird (3. B. durch Absetzung von Ministern oder Ernennung neuer Minister), oder in Artikel 63 der Reichsverfassung (wonach die Länder im Reichsrat nur durch Mitglieder ihrer Regierung vertreten werden), so wird die preussische Staatsregierung einen solchen Eingriff als ungültig und nicht vorhanden ansehen.

Protest gegen von Papens Rundfunkrede

Berlin, 21. Juli. (Eig. Meld.) Die bisherige preussische Staatsregierung ver-

öffentlicht, den Blättern des Lübeck-Verlages zufolge, eine Erklärung zu der Rundfunkrede des Reichskanzlers, in der es heißt:

Reichskanzler von Papen hat zwei Tatsachen als Beweis für sein Vorgehen gegen Preußen angeführt. Ein nichtgenannter hoher preussischer Funktionär soll Kommunisten Ratschläge gegeben haben, wie sie ihre Terrorakte verschleiern könnten, und ein preussischer Polizeipräsident habe geäußert, man solle die Kreise der Kommunisten nicht stören. „Diese angeblichen Tatsachen sind durch nichts bewiesen. Die Reichsregierung hat sie auch bisher der preussischen Regierung nicht mitgeteilt. Eine solche Mitteilung wäre wohl das mindeste gewesen, wozu die Reichsregierung verpflichtet gewesen wäre, bevor sie auch nur den mindesten Eingriff in die preussische Staatshoheit, geschweige denn die nach der Reichsverfassung überhaupt unzulässige Absetzung von Staatsministern verfügte.“

Unrichtig ist ferner die Behauptung des Reichskanzlers, daß die preussischen Minister es abgelehnt hätten, mit ihm zusammenzuarbeiten. Sie haben nur abgelehnt, der Einladung einer nicht zur preussischen Regierung gehörenden Persönlichkeit zu einer Sitzung der preussischen Staatsregierung Folge zu leisten, weil sie nach der preussischen Verfassung dem Reichskanzler oder Reichskommissar nicht das Recht einräumen können, eine preussische Staatsministerialisierung anzuberaumen u. zu leiten.“

Amisenthaltung der übrigen preussischen Minister.

Berlin, 20. Juli. (Mitteil.) Nachdem die preussischen Staatsminister Dr. h. c. Firscher, Dr. h. c. Klepper, Dr. h. c. Schreiber, Dr. Schmidt und Grimme dem Herrn Reichskanzler mit Schreiben vom 20. Juli d. J. erklärt haben, daß sie es ablehnen, der von ihm erlassenen Einladung zu einer Sitzung der Staatsregierung Folge zu leisten, hat der Herr Reichskanzler die genannten Staatsminister kraft der ihm durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 (Reichsges.-Bl. Teil I S. 177) erteilten Vollmacht von der Führung der laufenden Geschäfte ihres Geschäftsbereichs als Staatsminister entzogen.

Die Rückwirkung im Reich.

Die Rechte jubelt — Conil aber herrscht schwerste Sorge um Deutschlands Zukunft.

Berechtigte Gegenfrage an Herrn von Papen.

Gestern abend sprach Herr von Papen im Rundfunk. Mit einer Stimme, der man die Erregung sehr deutlich anmerkte und die manchmal an den Kasernenhof erinnerte, versuchte er das Vorgehen in Preußen zu begründen. Er entrißte sich darüber, daß auch die übrigen preussischen Minister es abgelehnt hätten, mit ihm zusammenzuarbeiten. Dann kamen jene aus nationalsozialistischen Blättern bekannten Vorwürfe, daß in Preußen nicht energig genug gegen die Kommunisten vorgegangen werde. Er warf den sozialistischen Polizeiführern vor, daß sie den staatsfeindlichen Kommunismus geschützt hätten. Wir haben keinen Anlaß, den Verteidiger anderer zu spielen, aber die Wahrheit verlangt festzustellen, daß ein Seevering doch gerade bei Kommunisten verhaftet ist, weil er sie aufs heftigste bekämpft hat.

Im übrigen finden wir folgende Gegenfrage an Herrn von Papen sehr trefflich, die heute morgen die Köln. Volkszeitung stellt, die aber wahrheitsgemäß nur mit peinlichem Schweigen beantwortet werden:

„In seiner Rundfunkrede behauptet der Reichskanzler, daß die Maßnahmen deswegen hätten ergriffen werden müssen, weil man die Kommunisten in eine gemeinsame Front gegen die sog. nationale Rechte eingeleitet habe. Wir sind aufs höchste erstaunt über die Gelassenheit, mit der dieser Satz ausgesprochen wurde. Denn war es nicht die nationale Rechte, die seit Jahren die kommunistischen Stimmen für ihre Versuche benutzt hat? Im Reich und in Preußen, im Parlament und bei Volksentscheidungen haben sich die Rechtsparteien niemals ein Gewissen daraus gemacht, mit Hilfe der Kommunisten einen Sturz der Regierung zu versuchen. Die Nationalsozialisten sind sogar noch weiter gegangen. Wir können dem Reichskanzler nicht die Frage erheben, warum er nicht seine Stimme erhoben hat, als in Preußen Nationalsozialisten und Kommunisten

gemeinsam eine gegenseitige Amnestie beschlossen, die ein Attentat auf das Rechtsbewußtsein des deutschen Volkes und eine Untergrabung der Staatsautorität war, wie sie schlimmer kaum gedacht werden sollte. Damals wäre es Pflicht der Reichsregierung gewesen, zu sprechen. Statt dessen stimmte im Reichsrat Reichsinnenminister von Sahl für diese kommunistisch-nationalsozialistische Amnestie, die im Staatsrat an den Gruppen gescheitert ist, denen der Reichskanzler heute Vbhängigkeit von den Kommunisten vorwirft.“

Im übrigen sehen wir die kommunistische Gefahr sogar noch schärfer als der Reichskanzler. Denn wir denken nicht nur an den Anfang einer Politik auf schiefer Ebene, sondern auch an das Ende. Das Experiment Primo de Rivera warnt, ebenso wie jeder, der offene Augen hat, an die Gefahren denken muß, die im Gefolge eines Ueberlappens der nationalsozialistischen Welle drohen. Deshalb war unser Kampf stets ein zweiseitiger und wird es bleiben.“

Protest des Rheinischen Zentrums.

Die Rheinische Zentrumspartei hat am Mittwoch an den Herrn Reichspräsidenten das folgende Telegramm gesandt:

Die Rheinische Zentrumspartei protestiert schärfstens gegen die Maßnahmen gegenüber der preussischen Staatsregierung; sie sind staatsrechtlich unmöglich und mit der Reichsverfassung unvereinbar. Die Voraussetzungen des Artikels 48 Abs. 1 und 2 der Reichsverfassung sind nicht gegeben. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist in Preußen nicht mehr als in anderen Ländern des Reiches gefährdet. Solange Uniform- und Demonstrationsverbot befehlen, waren Ruhe und Ordnung im ganzen Reichsgebiet gesichert.

Die Rheinische Zentrumspartei men-

det sich an Sie, Herr Reichspräsident, als den Hüter der Reichsverfassung. Wir erwarten sofortige Außerkräftigung aller gegenüber Preußen getroffenen Anordnungen, um schwerste Gefahren von Volk, Staat und Wirtschaft abzuwenden.

Münch, Vorstehender der Rhein. Zentrumspartei.

Einspruch der Gewerkschaften.

EMB Berlin, 20. Juli. Von den unten aufgeführten Gewerkschaftsverbänden wird folgender Aufruf verbreitet: „Die neuesten politischen Ereignisse haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren. Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen. Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeiterbewegung, am 31. Juli geben. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen, aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechts stehen, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet. Weder der Terror der Strafe noch irgendeine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinen höchsten Rechten Gebrauch macht. Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen Tagen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.“

Der Aufruf ist unterzeichnet von folgenden Verbänden: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner Freier Angestelltenbund, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Gesamtverband Deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter, Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände, Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Alle Erinnerungen.

„1. Ein Leutnant und zwei Mann erscheinen im preussischen Staatsministerium, um dieses zu schließen.“

Die herrliche Zeit steigt wieder herauf, da die Uniform in Deutschland eine maßlose Rolle spielte. Da ein Hochkapitel in Hauptmannsuniform einen Bürgermeister in Röpenit verhaften und die Stadtkasse mitnehmen konnte. Wieder erscheinen Militärs als maßgebende Politiker in Deutschland. Und das nachdem man die Zeit einer feingefühlten Politik eines Brüning erlebte. Man wird den Unterschied schon merken. Auch wer das jetzt noch nicht glaubt.

Die Welt beginnt wieder über Deutschland zu lachen. Mit dem Kommissariat läßt sich ein Land wie Deutschland nicht regieren. Die Zukunft wird das beweisen.

Bayern protestiert.

München, 20. Juli. Der auf einer Dienstreise durch Bayern begriffene bayerische Minister des Innern Stähler ist auf die Berliner Vorgänge hin sofort zurückberufen worden und wird sich heute abend nach Berlin begeben. Die bayerische Regierung wird beim Reichspräsidenten und beim Reichskanzler ausdrücklich Rechtsverwahrung gegen das Vorgehen des Reiches in Preußen einlegen, weil sie dieses Vorgehen für verfassungswidrig und unzulässig hält. Außerdem wird die bayerische Regierung in dieser Angelegenheit den Staatsgerichtshof des Reichs in Leipzig anrufen.

Klagen beim Staatsgerichtshof.

Die bayerische Regierung hat beim Staatsgerichtshof Rechtsverwahrung gegen das Vorgehen in Preußen eingelegt, da es mit der Reichsverfassung nicht vereinbar sei. Desgleichen hat die bisherige preussische Regierung Klage eingereicht und gleichzeitig eine einstweilige Verfügung verlangt.

Der sozialdemokratische Parteivorstand an die Partei.

Berlin, 20. Juli. (Eig. Meld.) Der sozialdemokratische Parteivorstand hat an die Partei einen Aufruf gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Der Kampf um die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in der deutschen Republik ist zunächst mit aller Kraft als Wahlkampf zu führen. Es liegt beim deutschen Volk, durch seinen Wahlkampf am 31. Juli dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten, der durch das Zusammenwirken der

Reichsregierung mit der nationalsozialistischen Partei entstanden ist. Die Organisationen sind in höchste Kampfbereitschaft zu bringen. Strengste Disziplin ist mehr denn je geboten. Wilden Parolen von unbefugter Seite ist Widerstand zu leisten.

Berliner Briefstimmen.

Berlin, 21. Juli. (Eig. Meld.) In den Morgenblättern bilden die Ereignisse in Preußen das Hauptthema. Verschiedene Zeitungen berichten, daß auch Staatssekretär A. Begg seines Amtes enthoben worden sei. Die Blätter beschäftigen sich erneut in langen Kommentaren mit der Auswertung der gestrigen Vorgänge. Der Tag sagt, es ist gekommen, was unbedingt kommen mußte, was man schon hätte durchführen können, als der nunmehr abgesetzte preussische Innenminister seinen Glückwunsch für den Vorwärts schrieb und seine Klassenkampfrede vor der Eisernen Front hielt.

Der Sozialanzeiger meint, es ist ganz selbstverständlich, daß einer auf die Gnade der Kommunisten angewiesene preussische Regierung die „innere Unabhängigkeit“ fehlte, die dazu gehörte, rücksichtslos dem blutigen Unwesen zu steuern, das die Kommunisten zu einem täglichen Bestandteil unserer Politik gemacht hätten.

Das Blatt der Regierung, die DAZ, führt aus, zwei Dinge sind bei der Reichsregierung immer wieder zu betonen, einmal, daß es sich um ein streng verfassungsmäßiges Vorgehen nach dem Sinn, Wortlaut und Buchstaben der Weimarer Reichsverfassung handelt. Der zweite, ebenso wichtige politische Faktor, ist der vorübergehende Charakter der Notmaßregeln. Auch in der Personalpolitik dürfte mit der größtmöglichen Rücksicht auf die Entschlüsse vorgegangen werden, die die ordnungsgemäß zu bildende preussische Staatsregierung seinerzeit zu fassen haben wird.

Der Börsen-Courier beschäftigt sich vor allem mit der Weigerung der preussischen Minister, ihre Ämter abzugeben und nennt es bedauerlich, daß die höchsten Beamten eines Landes einer unter Berufung auf die Verfassung erlassenen Verordnung des Reichspräsidenten nicht Folge leisten wollten, weil sie sie nicht als verfassungsmäßig anerkennen.

Die Germania spricht von einem der schwärzesten Tage der deutschen Geschichte und protestiert in schärfster Form im Namen „ungezählter Millionen verfassungstreuer und ordnungswilliger deutscher Staatsbürger“ gegen das Vorgehen der Reichsregierung.

Die Begründung der „unabsehbaren Reichsereignisse“ gegen Preußen trage Wort für Wort das Zeichen politischer Zweckhaftigkeit und habe mit den wirklichen Realitäten, wie sie draußen im Lande vorhanden seien, nichts zu tun.

Die Vossische Zeitung, die sich im wesentlichen mit der Rundfunkrede des Kanzlers beschäftigt, führt aus, die Erklärungen des Reichskanzlers, so unbefriedigend sie sonst waren, gipfelten wenigstens in der Versicherung, daß die Reichsregierung die geordnete Durchführung der Wahlen zu sichern gedenke und Ruhestörungen, gleichgültig, von welcher Seite sie kommen, scharf in die Schranken zurückweisen werde. Das Blatt verzeichnet das Gerücht, daß Staatssekretär Zweigert vom Reichsinnenministerium von seinem Amte zurücktreten beabsichtige und daß diese Rücktrittsabsichten mit den Maßnahmen der Reichsregierung in Zusammenhang stehen soll.

Wer ist Dr. Bracht?

Ueber die Persönlichkeit des bisherigen Essener Oberbürgermeisters, der sich Herrn von Papen zur Verfügung gestellt hat, schreibt die R. W.:

Bracht ist am 23. November 1877 als Sohn eines Sanitätsrates in Berlin geboren. Er ist ein Schwager des Kölner Universitätsprofessors Martin Spahn. Nach dem Studium der Rechtswissenschaft war er Staatsanwalt in Essen und in Hamm. Im Jahre 1911 wurde er Regierungsrat im Reichsversicherungsamt, 1918 wurde als Vortragender Rat in das Reichsamt des Innern berufen. Im Jahre 1919 wurde er Ministerialdirektor in dem preussischen Ministerium für Volkswohlfahrt; Chef dieses Ministeriums war damals Stegerwald. Bei der Bildung des Kabinetts Marx wurde er im Dezember 1923 unter Beförderung zum Staatssekretär zum Chef der Reichskanzlei ernannt. Als Marx zurücktrat und Luther Reichskanzler wurde, verhandelte er mit Vertretern der Stadt Essen wegen Übernahme des Oberbürgermeisterpostens dieser Stadt an Stelle von Luther. Im Dezember 1924 wurde er dann als Oberbürgermeister von Essen gewählt. Ein Jahr später ließ er sich in Essen als Mitglied der Zentrumspartei einschreiben.

Ueber seine politische Haltung ge- brauchte er in der Regel die Wendung, daß

er „dem Zentrum nahestehe“. In den letzten Monaten konnte man mehr oder weniger den Eindruck haben, daß Bracht auf dem Sprunge stand, irgendeine andere Position sich zu verschaffen. Offenbar gefiel ihm seine Tätigkeit als Oberbürgermeister nicht mehr. Man konnte in der Essener Presse Bemerkungen darüber lesen, daß er wenig Interesse mehr für Essen zeige. Wichtig erscheint die Tatsache, daß er es für nicht opportun hielt, den Aufruf des Sündenbaurg Ausschusses bei der Präsidentenwahl zu unterschreiben. Daß ein Zentrumsmann es nicht über sich brachte, die Parole seiner Partei öffentlich zu vertreten, blieb in weitesten Kreisen unverständlich. Jetzt versteht man vieles.

Es gibt Leute, die einer Spekulation auf Karriere alles unterordnen.

Ruhig Blut bewahren!

„Mag die politische Erregung in diesen Tagen auch noch so hoch steigen, wir mahnen dringend zu disziplinierter Ruhe

und Besonnenheit. Die freie Äußerung des Volkswillens in der Wahl darf nicht verhindert werden. Wir kennen unsere innere Stärke. Bieten wir keinen Anlaß, der zum Vorwand für eine Verhinderung der Wahl dienen könnte. Das Volk muß am 31. Juli sprechen.

Wir wollen jetzt beweisen, daß wir politisch geschulte Staatsbürger sind. Schauen wir in diesen Tagen auf unsere Führer! Die Kölnische Zeitung schrieb gestern Abend in ihrem Leitartikel, den sie überschrieb „Und die Reichseinheit?“ folgendes:

„Die Stunde ist von einem schicksalhaften Ernst. Die Reichsregierung, von der man nicht weiß, was ihre tieferen Absichten sind, von der man nicht weiß, ob sie aus eigenem Entschluß handelt oder sich den Einflüssen übermächtig gewordener Gewalten fügt — diese Regierung trägt eine furchtbare Verantwortung.“

Wir wollen zeigen, daß wir in schicksalhaften Stunden die große nationale Mission des Zentrums verstehen: Fester Hort zu sein für Einheit und Freiheit!

Brüning spricht in München

Der Unterschied zwischen militärischem und politischem Denken — Brüning zu den Ereignissen in Preußen.

München, 20. Juli. Bereits eine halbe Stunde vor Versammlungsbeginn mußte der Zirkus Krone, der etwa 7000 Personen Platz bietet, wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt werden. Pünktlich um 20 Uhr leitete ein Aufmarsch der Standarten der Bayernwacht, die von den Tausenden jubelnd begrüßt wurden, die Kundgebung ein. Mit minutenlangen Ovationen, die sich immer wieder erneuerten, und mit Blumengebüden jubelnd begrüßt, betrat Dr. Brüning, von den Standarten der Bayernwacht geleitet, dann nach 22.30 Uhr die Tribüne, wo Ministerpräsident Dr. Heß und weitere der Bayerischen Volkspartei angehörende Minister, der Landesvorstehende Staatsrat Schaeffer, Geheimrat Dr. Heim und zahlreiche Ehrengäste aus allen Kreisen der Hauptstadt und des Landes Platz genommen hatten.

Nach Begrüßungsworten des Parteivorstehenden, Staatsrat Schaeffer, der Dr. Brüning den Dank für seine Deutschland und dem deutschen Volk gehaltene Treue aussprach, und der Hoffnung Ausdruck gab, ihn als Kanzler wieder begrüßen zu können und Dr. Brüning unter Pfuirufen der Tausende dem Mann gegenüberstellte, unter dessen Fahnen vor neun Jahren in München Blut geflossen sei, nahm

Dr. Brüning

das Wort. Er betonte zunächst: Seine Politik habe seit 1930 durchgeführt werden können ohne Belagerungszustand, ohne daß Generale in die Politik eingegriffen hätten, ohne daß in wichtigen Wochen hundert Tote durch politische Kämpfe auf der Straße lagen.

Der Geist der neuen Staatsführung äußere sich auch auf anderen Gebieten: der Rundfunkvereinbarung und der Absetzung der preussischen Regierung. (Pfuirufe.) Das alles sei allerdings sehr „schlagartig“ gegangen. Er wisse nicht, ob es durch Vereinheitlichung des Rundfunkwesens einigen Arbeitern oder Bauern auch nur um etwas besser gehen werde. Hat man, so fuhr der Redner fort, denn kein Verständnis dafür, daß wir alle reichstreu sind bis zum äußersten. Dazu gehört aber nicht, daß man auch im kulturellen von Berlin aus alles vereinheitlicht und schematisiert. (Stürmischer, immer wieder erneuter Beifall.)

Dr. Brüning betonte weiter, er habe eine große Sorge wegen der Entwicklung in Preußen. Er verwies darauf, daß auf Anregung der Nationalsozialistischen Partei die Regierungsbildung in Preußen bis nach den Reichstagswahlen vertagt wurde. Die Vorbedingungen zur Einsetzung eines Reichskommissars seien also nicht gegeben. Aber er habe seit langem gewußt, daß mit solchen Dingen gespielt werde. Auch der Name der Persönlichkeit, die als Stellvertreter des Reichskommissars nach Preußen komme, sei schon vor vielen Wochen in Berliner Klubs genannt worden. Eines weiteren Urteils wolle er sich enthalten, weil er die Vorgänge noch nicht genau kenne. Aber eines wolle er sagen, es gebe Möglichkeiten, die Wirksamkeit des Artikels 48 vollkommen abzuwehren und die Autorität der obersten Gesetzgebung ganz erheblich zu gefährden. Man müsse aber auch fragen, ob es notwendig war, die Dinge in dieser Form durchzuführen, ob es notwendig war, einen Mann wie Severing zu bräutieren, der wie kein anderer 14 Jahre seines Lebens gegen den Kommunismus und für das deutsche Volk gearbeitet habe. Alle diese

Dinge rissen das deutsche Volk nur noch mehr auseinander.

Er habe die große Sorge, daß man durch all diese Dinge immer weiter getrieben werde. Das militärische Denken unterscheide sich unbedingt vom politischen Denken. Das liege schon in der militärischen Erziehung. Wenn man aber das militärische Denken allzu leicht auf die Politik übertrage, könne man auf Wege gedrängt werden, von denen es auch für das Militär schließlich kein Zurück gäbe. Dafür habe man einige Erfahrungen in der deutschen Geschichte. Die Leute, die die Sozialdemokratie wieder in die Regierung zurückwürfen, würden eines Tages von der Geschichte vor den Richterstuhl gezogen werden.

Mit erhobener Stimme fuhr Dr. Brüning fort:

Verstehen Sie es heute, weshalb ich es abgelehnt habe, in ein solches Kabinett einzutreten? Für mich wäre es unmöglich gewesen, diesen Weg mit zu beschreiten.

Seines Erachtens, so erklärte der Redner weiter, hätten die hinterherum geführten Verhandlungen zweifellos zu einem ganz festen Pakt mit den Hitler-Leuten geführt. Er habe den Eindruck, wenn man vor 48 Stunden hörte, die Reichsregierung denke nicht daran, einen Reichskommissar in Preußen einzusetzen, und wenn man dann sehe, daß die Reichsregierung sofort vorgehe, nachdem Herr Kerrl seinen Brief geschrieben habe, daß die Nationalsozialisten doch am stärksten Hebel fäßen. So gehe es denn doch nicht, daß man das deutsche Volk um hundert Jahre wieder in seiner Geschichte zurückwerfen wolle.

Er glaube voraussetzen zu müssen, daß der von der Reichsregierung beschrittene Weg zu langen und schweren Auseinandersetzungen im deutschen Volk führen könne. Deshalb sei er glücklich, heute vor den Freunden des bayerischen Volkes sprechen zu können. Für das Zentrum und die Bayerische Volkspartei gebe es nur eines, den Weg der Verantwortlichkeit und Rechtfertigung weiter zu gehen, auf den sie durch ihre Weltanschauung in jedem Augenblick immer wieder zurückgebracht würden, diesen Weg könnten auch viele, die anderer Weltanschauung und anderen Bekenntnisses sind, gemeinsam mit beiden Parteien gehen.

Dr. Brüning betonte hier den Wunsch, daß sich eine andere christliche Partei der Mitte bilde, und fuhr dann fort, daß niemand das Verbrechen auf sich nehmen könne, die Sozialdemokratie in die radikale Opposition zum Staat zurückzuwerfen, wenn sie stark und mutig bleibe und den Kommunismus weiter auf das schärfste bekämpfe.

Der Redner schloß: Wir kämpfen für Freiheit und Recht, gegen Parteidiktaturen und andere Diktaturen, weil wir immer entschlossen waren, nur an das gesamte deutsche Vaterland zu denken. Wenn wir den Blick darauf gerichtet halten und die Herzen nicht verlieren, dann werden wir gemeinsam mit unseren Brüdern von der Bayerischen Volkspartei eines Tages doch siegen.

Minutenlanger, stürmischer Beifall dankte dem Redner, nach dessen Worten die Versammlung spontan das Deutschlandlied anstimmte. Anschließend begab sich Dr. Brüning in zwei weitere Versammlungen, die ebenfalls überfüllt waren.

Kabinettskrise in Italien.

WTB Rom, 20. Juli. (Draht.) Die Agentur Stefani meldet: Der König hat den Rücktritt des Außenministers Grandi, des Finanzministers Mosconi, des Justizministers Rocco, des Erziehungsministers Giuliano und des Korporationsministers Bottai entgegengenommen.

Er ernannte zum Minister für auswärtige Angelegenheiten und Korporationen den Regierungschef, Mussolini, zum Justizminister den Abgeordneten und Rektor der Universität Rom, Prof. de Francisci, zum Finanzminister den Abgeordneten Guido Jung und zum Erziehungsminister den Abgeordneten und Rektor der Universität Palermo, Prof. Ercole.

Grandi wird Volschaffer?

Rom, 20. Juli. (Eig. Meld.) In fleißigen politischen Kreisen wird anlässlich der Regierungsumbildung gerüchtweise davon gesprochen, daß der bisherige Außenminister Grandi einen wichtigen Volschafterposten übernehmen soll. In Betracht käme der Volschafterposten in Washington, noch wahrscheinlicher der in London. Eine Bestätigung ist vorerst nicht zu erhalten.

Staatsrat Schaeffer.

Als letzter Redner sprach im Zirkus Krone nach Dr. Brüning noch Staatsrat Schaeffer. Er führte u. a. aus: Der Lebenskampf der Länder gegen die Diktaturgedanken habe begonnen; jetzt, da der Reichsgebante Parteigebante zu werden drohe, sei es Pflicht der Länder einzugreifen. Bayern werde nie zum Knecht werden. Die bayerische Staatsregierung und das bayerische Volk seien noch nie so einig gewesen wie in den letzten sechs Wochen. Aber Bayerns Meinung sei nicht gehört worden. 24 Stunden nach dem Hitler und der Völkische Beobachter es verlangt hätten, sei die Absetzung der preussischen Regierung, Ausnahmezustand und die Verhaftung der preussischen Funktionäre gekommen. Was einem Lande heute geschehe, könne einem anderen morgen geschehen. Deutschland werde nur bleiben, wenn es auf der Grundlage aufgebaut werde, auf der es gegründet wurde.

Nationalsozialisten zerrissen ein Christusbanner.

Ein Ueberfall, der in seiner Gemeinheit gar nicht mehr zu überbieten ist, erfolgte nach dem Bericht der Völkischen Volkszeitung am Sonntag in Bochum auf katholische Jungmänner.

Als sich am Nachmittag auf dem Friedhof die Jugendabteilungen der St. Josephs-Pfarrei versammelten, um von dort aus in geschlossenem Zuge abzumarschieren zur Teilnahme an dem Festzug und der Festumgebung des Gessellenvereins, rückte auch ein Trupp Nazis an. In wüsten Beschimpfungen fielen sie über die Jungmänner her und drängten an den Träger des Christusbanners heran. Die Jungmänner waren völlig wehrlos den Ausfällen preisgegeben. Schließlich entriß den Nazis auch dem Bannerträger das Christusbanner, zerrissen es, brachen den Fahnenstock entzwei und schlugen auf den Bannerträger ein, bis er ohnmächtig und mit schweren Kopfverletzungen zusammenbrach. Der Bedauernswerte mußte benommenlos vom Platze getragen werden.

Das Ueberfallkommando nahm Durchsuchung des Autos, mit dem die Nazis gekommen waren, vor. Es wurden dabei einige Schusswaffen gefunden und mehrere Verhaftungen vorgenommen.

So sieht das „Christentum“ der Nationalsozialisten in Wirklichkeit aus! Wir greifen nicht zu Pistolen und Totschlägern. Aber gehen am 31. Juli zur Wahl und machen mit dem Stimmzettel der nationalsozialistischen Barbarei ein Ende!

Wetterausichten.

Westdeutschland liegt am Nordrande einer flachen Hochdruckzone. Die hier wehende schwache westliche Luftströmung führt einige Unregelmäßigkeiten mit, so daß sich besonders über den nördlichen Bezirken das Wetter immer noch ungesicher gestaltet und hier und da auch etwas Regen fällt. Die Unsicherheit des Wettercharakters dauert fort, doch wird die Erregbarkeit des nur schwach auftretenden Regens gering bleiben. Die über uns liegende ursprüngliche Kaltluft beginnt sich langsam zu erwärmen.

Vorhersage bis Freitag: Wechselnd bewölkt, streichweise einige (zum Teil gewitterhafte) Schauer, mäßig warm.

Aus Westdeutschland.

Kölner Chronik.

Starke Wassergang des Rheins.

Wp Köln, 20. Juli. Der Wasserstand des Rheins ist infolge der starken Regenfälle am Niederrheingebiet am Oberrhein und der Nebenflüsse im Laufe der vergangenen Woche für diese Jahreszeit unerwartet gestiegen, u. zwar von 275 cm am 10. Juli auf 379 cm am 16. Juli. Die Verkehrsverhältnisse der einzelnen Häfen sind nach wie vor befriedigend. Der Massengutverkehr hat eine weitere Steigerung erfahren; auch der Import von Zollgütern hat sich gegenüber der Vorwoche etwas gebessert.

Ein Opfer des Morphiums.

Köln, 20. Juli. Am Dienstag morgen verhandelte das erweiterte Schöffengericht gegen einen 36jährigen Dentisten, der wegen Vergehens gegen das Opiumgesetz und wegen Betrugs und Diebstahls sich zu verantworten hatte. Diesen Mann kann man als Opfer des Krieges bezeichnen. Infolge einer Verwundung im Kriege hatte er zur Linderung der Schmerzen Morphium verschrieben bekommen. Später konnte er dann nicht mehr von diesem furchtbaren Gift lassen. Da ihm aber nicht die Mittel zur Verfügung standen, Morphium zu erwerben, beging er, insbesondere in den letzten zwei Jahren, größere Betrügereien und Diebstähle. Er gab sich u. a. als Arzt aus und erschwand unter dem Vorwand, das Morphium für Kranke brauchen zu müssen, größere Mengen des Giftes und Morphiumspritzen. Die Spritzen verkaufte er weiter, um sich für den Erlös wiederum Morphium zu verschaffen. Es wurden ihm ebenfalls mehrere Diebstähle nachgewiesen. Der Angeklagte wurde auf einer Tragbahre in den Gerichtssaal gebracht. Er war gestäubt, betonte aber, daß er die Vergehen nur ausgeführt habe, um sich Gift zu verschaffen. Das Gericht verurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis.

Kleiner Junge stürzt aus dem Fenster.

Wp Köln, 20. Juli. Gestern nachmittag, gegen 5 Uhr, fiel ein 2½jähriger Junge, der mit seiner Mutter im Fenster des 3. Stockwerkes im Hause Vitorstraße 64 lag und artistischen Schaulustigkeiten zusah, auf die Straße. Das Kind erlitt so schwere Schädelverletzungen, daß es kurz nach der Entlieferung in das Krankenhaus starb.

Düsseldorf und Umgebung.

Ziviler Luftschutz in Düsseldorf.

Wp Düsseldorf, 20. Juli. Gemäß den Weisungen der Regierung ist auch in Düsseldorf bereits vor einiger Zeit ein Luftschutzbeirat ins Leben gerufen worden. Den Vorsitz hat der Herr Polizeipräsident übernommen, da der Schwerpunkt für die Durchführung der zivilen Luftschutzmaßnahmen in der örtlichen Vorbereitung liegt, deren Leitung Aufgabe der Polizei ist. Im Luftschutzbeirat sind außerdem Polizeipräsident und eine Reihe Organisationen, u. a. der Ring deutscher Flieger, das Rot Kreuz, die Stadtverwaltung, die Technische Hilfe, der Verein der Ärzte Düsseldorf e. V. vertreten. Für die Leistung der eigentlichen Arbeit ist aus diesem Luftschutzbeirat ein Arbeitsausschuß gebildet worden. Ihm fällt in der Hauptsache als Aufgabe die Aufklärung der Bevölkerung, die Organisation des Kollektiv- und Einzelstretches, die Zusammenarbeit mit dem industriellen Luftschutz und die Erfassung der Nothelfer und Aufstellung der einzelnen Arbeitstrupps zu.

Muppertal.

Fingerhut fordert vier Millionen Mark Entschädigung.

Muppertal, 20. Juli. Der Rohwinkler Fabrikant Fingerhut, der nach einem Wiedererwerbungsverfahren wegen erwiesener Unschuld von der Anklage der Hehlerei freigesprochen worden war, hat jetzt seine Entschädigungsforderung für ungeschädigte erlittene Haft eingereicht. Die Forderung beläuft sich auf mehr als vier Millionen Mark.

Explosion in einer Sagerer Gießerei.

Wp Sagen, 21. Juli. In der Gießerei Erbenzweig u. Schwemmer in Sagen ereignete sich Mittwoch mittag eine schwere Explosion, wobei vier Arbeiter schwere Verbrennungen erlitten, sodaß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Bei einem der Verletzten besteht Lebensgefahr.

Omnibus mit Essener Ausflüglern verunglückt.

Wp Sagen, 20. Juli. Auf der Kreisstraße zwischen Aßel und Reiringen ereignete sich gestern ein schweres Unglück. Der Motor eines Omnibusses, in dem sich 24 Personen aus Essen befanden, die auf der Fahrt zur Soppeltalperre waren, blieb plötzlich auf der sehr abschüssigen Straße hinter Aßel stehen. Durch das schnelle Anreißen der Bremse riß das Gefährt und in rasendem Tempo sauste der Omnibus rückwärts die Straße hinunter, stürzte

in einen ungefähr 1,50 Meter tiefen Graben und fiel um. Soweit bis jetzt bekannt, wurden drei Personen schwer und mehrere andere leicht verletzt. Sie mußten sämtlich dem Krankenhaus in Menden zugeführt werden.

Essener Katholikentag.

Wp Essen, 20. Juli. Die Vorbereitungen für die 71. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, die vom 31. August bis 5. September d. J. in Essen begangen wird, sind in vollem Gange. Soeben ist das Programm erschienen, das über die Veranstaltung im einzelnen Aufschluß gibt.

Am Mittwoch, den 31. August, findet die Eröffnung der Ausstellungen des Bonifatiusvereins, des Vereins vom heiligen Land und der Petrus-Kader-Debatität statt. Am Donnerstag, den 1. September, ist um 8 Uhr das feierliche Pontifikalamt in der Münsterkirche. Um 11 Uhr schließt sich eine Versammlung des katholischen Lehr- und Lehrerinnenvereins im Städtischen Saalbau an. Weiter finden Tagungen des katholischen Frauenbundes und des Bonifatiusvereins statt. Am 20. Uhr sind die feierlichen Eröffnungsversammlungen in zwei Hallen des Ausstellungsgeländes. Der Freitag, 2. September, bringt nach einer liturgischen Morgenfeier Versammlungen der kath. Muttervereine. In einer volksdeutschen Kundgebung wird insbesondere der katholischen Auslandsdeutschen gedacht werden. Der Samstag ist Festversammlungen vorbehalten. U. a. wird über die Themen „Christi Kreuz in der Großstadt“, „Gesellschaftliche Formen und Bindungen in der Großstadt“, ferner „Christussträger und großstädtische Bildungsstränge“ gesprochen. Am Sonntag, den 4. September, ist wohl der Gipfelpunkt der ganzen Veranstaltung: die feierliche Pontifikalmesse mit Predigt auf dem Baldenerberg. Eine große Jugendkundgebung im Stadion Schwarz-Weiß schließt sich an. Die große öffentliche Schlussversammlung auf der Schillerwiese oder in den Ausstellungshallen steht unter dem Thema „Christus Auferstehung in der Großstadt“.

Drei Personen unter dem Verdacht der Devisenschiebung verhaftet.

Wp Essen, 20. Juli. Von der Kriminalpolizei Essen wurde am Dienstag der Inhaber des Essener Bankgeschäftes Alexander Kann mit seinen beiden Söhnen unter dem Verdacht der Devisenschiebung in Haft genommen. Nach einem Verhör wurden die Festgenommenen noch am gleichen Tage wieder auf freien Fuß gesetzt. Wie hoch die verschobene Summe ist, konnte noch nicht ermittelt werden.

Mörder ausgebrochen.

Wp Banne-Eickel, 20. Juli. Der im 24. Lebensjahre stehende Mörder Gasterczit, der, wie seinerzeit berichtet, aus Eifersucht die 15jährige Irene Leiter in einem Hause am Bahnhof durch mehrerer Schüsse tötete und sich selbst schwer verletzte, ist aus dem St. Anna Hospital, wo er sich zur Pflege aufhielt, in der vorletzten Nacht ausgebrochen. Gasterczit war soweit wieder hergestellt und sollte zum Bochumer Gefängnislazarett überführt werden. Als die Beamten ihn abholen wollten, war er bereits verschwunden. Die Polizei hat bereits einen Steckbrief durch Runtz erlassen, doch fehlt bis zur Stunde noch jede Spur.

Zwei Arbeiter durch Ammoniakgas getötet.

Wp Gelsenkirchen, 20. Juli. Wie erst jetzt bekannt wird, erlitten am Mittwoch vergangener Woche vier Arbeiter aus dem Städtischen Scholben durch Unachtsamkeit eines Niederdruckrohrs schwere Vergiftungen durch Ammoniakgas. Sämtliche Personen fanden Aufnahme im Krankenhaus. Bei zwei Erkrankten trat nach einigen Tagen wider Erwarten Lungenentzündung ein, die zum Tode führte. Die beiden anderen Erkrankten befinden sich auf dem Wege der Besserung.

Die Ruhrgas A.-G. enteignet.

Wp Bielefeld, 19. Juli. Der Ruhrgas A.-G. in Essen ist vom Handelsminister das Recht verliehen worden, das zum Bau, Betrieb und Erhaltung einer Gasfernleitung von Duisburg nach Hannover erforderliche Grundeigentum innerhalb der Stadtkreise Bielefeld, Herford, der Landkreise Wiedenbrück, Bielefeld, Herford und Minden im Wege der Enteignung zu erwerben. Es handelt sich bei dieser Ermächtigung nur um die Bestätigung eines schon bestehenden Zustandes, da die Gasfernleitung Duisburg-Hannover schon seit zwei Jahren in Betrieb ist. Lediglich Bielefeld hatte gegen die Legung der Ferngasleitung Einspruch erhoben, weshalb eine Entscheidung über den Bau der Leitung herbeigeführt werden mußte.

Launen eines Blühes.

Lüneburg, 20. Juli. Bei dem letzten starken Gewitter schlug ein Blitz in Rabenbeck in eine Eiche, splitterte diese bis auf ein Meter vom Erdboden und sprang dann auf ein Traggestell über. So gelangte er bis zur Gartentür, die zertrümmert wurde, daß ihre Teile 15 Meter weit fortgeschleudert wurden. In die Erde wurden zwei große Löcher gewühlt. Ein Teil des Blühes ist dann durch die elektrische Leitung ins Haus gedrungen, durchschlug die Panzerföhrung, spaltete den Zähler der Lichtföhrung und sprang aus einer Abzweigboise in der Küche auf den Draht des Wandputzes. Der Putz ist an mehreren Stellen ausgebrochen. Von hier nahm er seinen Weg über die Bekleidung der Kammertür, die ein Meter lang abgerissen wurde, sprang auf die in der Küche stehende Pumpe über und an deren Leitungströhr entlang verschwand er in die Erde.

Falschmünzgerbande auf frischer Tat ertappt.

Wp Gladbach-Rheydt, 20. Juli. Durch die Aufmerksamkeit eines hiesigen Geschäftsmannes wurde die Polizei heute nachmittag in den Stand gesetzt, mehrere Mitglieder einer Falschmünzgerbande, nach der sie bereits seit einigen Wochen jahndete, bei der Herausgabe falscher Zweimarkstücke auf frischer Tat zu ertappen und festzunehmen. Zwei an der Verbreitung der Falschstücke beteiligte Frauen aus Gladbach haben bereits eingestanden, größere Mengen Falschstücke im Ortsbezirk Rheydt in den Verkehr gebracht zu haben. Die Suche nach der Falschmünzwerkstatt geht weiter.

Schmuggelauto unter Revolverfeuer genommen.

Wp Aachen, 20. Juli. In der Nähe der Schule von Aachen-Sief wurde gestern nachmittag ein Schmuggelauto durch Zollbeamte gestellt. Nachdem die Warnungen vergeblich geblieben waren, eröffneten die Beamten das Feuer. Das Auto fuhr durch, wurde aber von zwei Zollbeamten, die durch die Schießerei aufmerksam geworden waren, mit dem Motorrad verfolgt. In der Nähe von Schmitthof fuhr das Auto gegen einen Telegraphenmast und wurde durch den Anprall in den Straßengraben geschleudert. Die Insassen, ein Mann aus Eisdorf und einer aus Stolberg, wurden festgenommen. Der Wagen hatte 840 Pfund Zutter, 25 Pfund Kaffee und 20 Pfund Mehl geladen. Er hatte bei der Beschießung zahlreiche Einschüsse erhalten.

Belgischer Kraftwagen überfährt eine Frau und rast weiter.

Wp Aachen, 20. Juli. Auf der Provinziallandstraße zwischen Weiden (bei Aachen) und dem Flugplatz Mersbrück wurde in den späten Nachmittagsstunden eine Frau aus Weiden von einem belgischen Kraftwagen angefahren und schwer verletzt. Trotzdem die Insassen des Wagens den Vorfall bemerkten, beschleunigten diese das Tempo des Wagens und ließen die Frau in hilflosem Zustand liegen, die von Passanten von der Straße geschafft wurde. Die polizeilichen Ermittlungen nach den rücksichtslosen Fahrern waren bisher ohne Erfolg.

Um die westdeutsche Wasserballmeisterschaft.

Poseidon — Sparta 4:1 (1:1). Im Vorrundenspiel um die Westdeutsche Wasserballmeisterschaft standen sich heute im Kölner Stadion die beiden Rivalen Poseidon und Sparta gegenüber. Leider waren nur wenige Zuschauer Zeuge eines hochinteressanten Spiels, das mit dem verdienten 4:1 (1:1) Sieg der Poseidonseben abschloß. Gögens, Haas und Heiderscheidt waren bei Poseidon und Budig bei Sparta überwiegende Köpfe. Gleich zu Beginn kam Poseidon durch Haas zur Führung, die kurz darauf Budig ausglich. Nach der Halbzeit war der Mann der Poseidon gebrochen; in regelmäßigen Abständen sorgten Gögens (2) und Haas für den Endsieg.

Auch am Mittwoch wurden die Spiele um die Westdeutsche Wasserballmeisterschaft fortgesetzt. Das Kölner Stadion war der Schauplatz gleich zweier Begegnungen. — Im ersten Spiel

Sparta — SSV Barmen 2:1 (1:1) kamen die Kölner zwar zu einem knappen, aber verdienten Sieg. Weigt, Budig und Stamper waren ihre Hauptstützen, zeitweilig auch Delers, wenn er sein wirkliches Schmettalent zeigte. Bernhard Stamper zeichnete für die Erfolge verantwortlich, während Fäger für Barmen den Ehrentreffer anbrachte. — Die zweite Begegnung führte

Poseidon und Düsseldorf 09 2:4 (2:2) zusammen. Der größere Eifer und die schnelleren Schwimmer der Gäste entschieden diesen Kampf. Hervorragend bei Düsseldorf waren Thelen, Esch und Torwart. Poseidon enttäuschte. Die Gäste, die Schwarz im Sturm hinterließ, konnte nicht ausgefüllt werden. Die Gäste gingen durch Thelen in Führung, Heiderscheidt gleich bald darauf aus. Esch brachte Düsseldorf abermals in Front, aber vor der Pause stellt Haas das alte Verhältnis wieder her. Ueberraschend kommt Düsseldorf durch Jansen abermals in Front, und ein halbes Selbsttor stellt den verdienten Sieg sicher. Esch wollte nach links flanken, der Ball prallt aber vom Arm Jansens in das Poseidontor: 4:2!

150 Bergleute werden entlassen.

Wp Bicklar, 20. Juli. Die Grube Donatus, die zum Konzern der Rheinischen Braunkohle gehört, hat 150 Bergleute entlassen, die die Arbeit am 1. August einstellen müssen. Die Betriebsleitung hofft, die Großraumförderung in zwei bzw. drei Monaten fertigzustellen, sodaß die Förderung dann wieder aufgenommen werden kann.

25 Schafe vom Blitz erschlagen.

Trier, 20. Juli. Bei Womrath auf dem Hunsrück schlug während eines heftigen Gewitters der Blitz in eine Schafherde. 25 Tiere wurden getötet.

Ein großer Meteor niedergegangen.

Wp Mannheim, 20. Juli. Am Dienstag morgen gegen 3,30 Uhr wurde über Unterbaden und der Pfalz ein riesiges Meteor wahrgenommen, das am dunklen Nachthimmel außerordentliche Helligkeit verursachte und so die Aufmerksamkeit aller, die um diese Zeit noch auf den Straßen waren, erregte. Nach Aussagen von Augenzeugen war der Himmel im Augenblick des Niedergehens taghell erleuchtet.

Wie uns auf Anfrage von der Wetterwarte auf der Raimit erklärt wird, wurde das Meteor auch dort gesehen. Bei dem Himmelsboten handelt es sich nach Angaben der Wetterwarte um eine Feuerkugel mit Schweiß, die über dem mittleren Pfalz den größten Grad ihrer Leuchtkraft erreichte und gleich darauf unter gewaltigem Donner explosionsartig zerbarst. Von einem Niedergehen der einzelnen auseinander gesprengten Teile des Meteors ist nichts beobachtet worden. Es ist auch schwer, in diesem Punkt genauere Feststellungen zu treffen, da sich die nächtliche Erscheinung nach sachverständiger Auskunft in mindestens 30 Kilometer Höhe zeigte und der Radius zur Erde dementsprechend außerordentlich groß ist.

Der Beweisanspruch Dr. Hofens.

Wp Berlin, 20. Juli. In der heutigen Verhandlung wegen des Anschlages auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther stellte die Verteidigung einen aus den zahlreichen am Vortage abgelesenen Einzelfragen Dr. Hofens zusammengefaßten Beweisanspruch über die Politik der Reichsbank. In dem Antrag werden sechs internationale Währungsautoritäten aufgeführt und die Ladung der Bankdirektoren Reinhardt und Kuhn, sowie des Regierungsdirektors Kölle als sachverständigen Zeugen beantragt. Der Vertreter der Anklage erklärt, daß die Anträge darauf hinausgehen, ob die Geldpolitik der Reichsbank richtig oder unrichtig sei. Das Gericht sei nicht berufen, das zu beurteilen, sondern habe lediglich die Beweggründe der Tat zu prüfen. Das Gericht zog sich dann zur Beratung über die weitere Vollstreckung des Haftbefehls zurück.



Eine schwierige Gehoramsprüfung.

Dieses schöne Bild sah man auf einem Reiterfest des Essener Reitervereins.

Brühl und Umgebung

Brühl, 21. Juli.

3. Frauenabend der katholischen Frauen und Jungfrauen von Brühl

1. Zum dritten Male in diesem Jahre hatten sich die katholischen Frauen und Mädchen von Brühl zu einer großen Versammlung im Saale des Josephshauses eingefunden. Und so gestern abend wiederum in recht stattlicher Anzahl. Es gab für die Frauen vieles zu hören und zu sehen! Sie erhielten belehrende, erbauende und unterhaltende Kost. Fräulein Dr. Janßen hielt alle Erscheinenden herzlich willkommen und betonte, der Abend solle klare Einsicht bringen, Mut, Kraft und Ansporn geben, daß einer helfe des anderen Last zu tragen, er soll uns aufrufen zu einer tatbereiten Gesinnung. — Die Leitungsgemeinschaft der Jungfrauen-Kongregation eröffnete die Vortragsfolge mit zwei frisch gesungenen Liedern, während die Tanzgruppe durch einen hübsch gebrachten Melken erfreute. Frau Wenzke war den Zuhörerinnen auch keine Fremde mehr; sie sang das herrliche Schubert'sche Lied: „Die weiße Taube“ in der Begleitung von Frau Dander-Maria von der freien Pianistin Frau Dander-Maria, die den Abend musikalisch begleitete. — Den Hauptbestandteil des Abends bildete ein Vortrag der Degerentinnen beim katholischen Frauenbund, Fräulein Auguste Schröder (Brühl) über das Thema: „Die katholische Frau in den Entscheidungstagen des deutschen Volkes.“ Der Sinn ihrer Ausführungen war kurz gefaßt: Sind wir noch ein Volk in der Zerrissenheit der heutigen Tage? Vielleicht ist es jetzt die Aufgabe der Frau, nicht nur der Gemüts- sondern auch der geistigen Mittelpunkt in der Familie zu werden. Man kann nicht mit Gewalt einen Menschen umformen oder ihm eine andere Meinung aufdrängen. Das ist eine reine Geistesangelegenheit, was jedoch sehr viele noch nicht erkannt haben. Wir Menschen von heute müssen innerlich über die Zeit hinweggebracht werden.

Hier kam die Frau am Platze sein. Wir können nur dann das Böse in der Welt und in uns überwinden, wenn wir die innere Verbindung zu Gott gefunden haben. Nur so können wir auch mit den entseelten Dämonen unserer Tage fertig werden. — In einem Schlusswort erhobte Fräulein Dr. Janßen, daß jede Besucherin aus dem Gehörten einen Nutzen gezogen hätte. Sie dankte allen, die am Zustandekommen des Abends mitgeholfen haben, ganz besonders der Rednerin, die in temperamentvoller und überzeugender Art ihrer Aufgabe Herr geworden war. Die Erscheinenden spendeten dankbar Beifall. Mit einem gemeinschaftlichen Liede wurde der Abend beschloffen.

2. Gymnasium. Am 16. Juli nahmen einige Schüler unseres Gymnasiums an den leichtathletischen Meisterschaftskämpfen der höheren Schulen der Rheinprovinz im Stadion in Köln teil. Der Oberprimarier Westhoff erreichte unter allen Wettkämpfern die beste Zeit im 100-m-Lauf mit 11,1 Sekunden und im 200-m-Lauf mit 23,2 Sekunden.

3. (Wanderer) keine rechtzeitig anfordern! Die Geschäftsstelle des Reichsverbandes für Deutsche Jugendherbergen bittet uns, darauf hinzuweisen, daß die Wanderlustigen ihre Ausweise rechtzeitig vor den Ferien anfordern möchten, da später die Ausstellung einige Schwierigkeiten bereitet. Die Geschäftsstelle ist Klemens-Auguststraße 6 p.

4. Der Brühler Männer-Gesangs-Verein macht seine Mitglieder auf die Freitagabend stattfindende Probe aufmerksam. Die durch das Margaretenfest ausgefallene Probe muß für die bevorstehende Beteiligung am Jubelfest des Brühler Vereins in Siegburg-Waldorf unbedingt nachgeholt werden. Es wird erwartet, daß alle Sänger zur Stelle sind. (Siehe Anzeiger.)

Die tödlichen Verunglückungen im Jahre 1930

Starke Abnahme im Deutschen Reich.

Die Zahl der tödlichen Verunglückungen hat, nachdem sie von 1926 bis 1929 um insgesamt 4200 angestiegen war, im Jahre 1930 stark abgenommen. Es kamen im Jahre 1930 im Deutschen Reich insgesamt 25 720 Personen durch Verunglückung ums Leben, das sind 1959 weniger als im Vorjahr und selbst 683 weniger als im Jahre 1928. Am stärksten sind die tödlichen Unfälle von männlichen Personen zurückgegangen; sie waren um 1632 oder 7,7 v. H. seltener als im Jahre 1929, während die Zahl der Unfälle von weiblichen Personen sich um 327 oder 5,1 v. H. vermindert hat. Es verunglückten tödlich:

J. Jahr	männl.	weibl.	insgesamt	auf 100 000 Einw.
1926	18 179	5 296	23 475	87,2
1927	19 125	5 818	24 943	89,4
1928	20 480	5 978	26 458	91,5
1929	21 285	6 384	27 669	93,8
1930	19 653	6 067	25 720	90,0

Se 100 000 Einwohner wurden im Jahre 1930 40 tödliche Unfälle gezählt gegenüber 43,8 im Vorjahr. Die Häufigkeit dieser Todesfälle war im ganzen genommen nur wenig höher als im Jahre 1927 (39,4). Der plötzliche und starke Rückgang der Häufigkeit der tödlichen Verunglückungen im Jahre 1930 dürfte in der Hauptsache auf die in diesem Jahre eingetretene Verjüngung der Wirtschaft zurückzuführen sein. Diefür gibt die Aufgliederung der Unfälle nach ihren Ursachen mehrere Anhaltspunkte. Fast ein Drittel der gesamten Abnahme entfällt auf die Verkehrsunfälle; ihre Zahl war mit insgesamt 8977 um 627 niedriger als im Jahre 1929, in dem sie mit 9604 Todesfällen ihre größte bisher beobachtete Höhe erreichte. Am Rückgang der Verkehrsunfälle sind vor allem die Eisenbahn- und Straßenbahn- sowie die „sonstigen und nicht bezeichneten Fahrzeuge“, bei denen es sich in der Hauptsache um Verkehrsmittel handelt, beteiligt. Im Eisenbahnverkehr kamen im Jahre 1930 815 Personen ums Leben, das sind 324 oder 28,4 v. H. weniger als im Jahre 1929, durch „sonstige Verkehrsmittel“ wurden 1427 Todesfälle verursacht, 283 oder 16,6 v. H. weniger als im Vorjahr, und die Zahl der Todesopfer des Straßenbahnverkehrs ist mit 311 um 89 oder 22 v. H. gesunken. Abgenommen haben ferner die tödlichen Verunglückungen mit oder durch Kraftwagen um 128 oder 3,5 v. H. der vorjährigen Zahl. Ihrem Rück-

gang steht allerdings eine gleich große Zunahme der durch Kraftfahrzeuge herbeigeführten Todesfälle gegenüber, so daß im gesamten Verkehr mit Kraftfahrzeugen im Jahre 1930 ebenso viele Todesfälle (5867) zu verzeichnen waren wie im Vorjahr. Aber schon in dem Gleichbleiben der Zahl dieser Unfälle tritt der Einfluß der Wirtschaftskrise deutlich in Erscheinung, war doch die starke Zunahme der tödlichen Verunglückungen in den Jahren 1927 bis 1929 zu vier Fünfteln durch die ständige Ausdehnung des Kraftverkehrs verursacht. Noch im Jahre 1929 ist die Zahl der durch Kraftwagen und -räder verursachten Todesfälle um 904 angestiegen, nachdem sie schon 1927 und 1928 jedes Jahr um über 1000 zugenommen hatte. Auf je 1000 Kraftwagen kamen im Jahre 1930 nur noch 5,3 tödliche Unfälle gegenüber 6,2 im Jahre 1929 und 7,4 im Jahre 1927. Im Jahre 1930 ist auch bei den Kraftfahrzeugen die Unfallhäufigkeit mit 3,0 auf 1000 Kraftfahrzeuge gegenüber 3,5 in den beiden Vorjahren gesunken. Der Anstieg der absoluten Zahl der Unfälle mit Kraftwagen erklärt sich aus ihrer stärkeren Bestandszunahme.

Der Rückgang der Verkehrsunfälle im ganzen genommen kam hauptsächlich oder ausschließlich dem nichtfahrenden Publikum zugute. Die Zahl der Todesfälle durch Ueberfahren war im Jahre 1930 mit 5614 um 743 niedriger als im Jahre 1929 (6357); dagegen wurden durch Sturz aus oder mit Fahrzeugen 116 Fahrer und Mitfahrer mehr getötet als im Vorjahr (3363 gegen 3247).

Daß außer den Verkehrsunfällen auch die Betriebs- und Arbeitsunfälle unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise beträchtlich abgenommen haben, zeigt insbesondere die Verminderung der Unfälle durch Maschinenverletzung, durch die im Jahre 1930 395 Personen ums Leben kamen gegenüber 449 im Vorjahr und 506 im Jahre 1928. Weiterhin ist ein beträchtlicher Rückgang bei einer Reihe anderer Verunglückungsarten zu verzeichnen, bei denen es sich nicht nur um Arbeitsunfälle handelt oder zu handeln braucht.

Durch Sturz aus der Höhe kamen im Jahre 1930 5009 Personen ums Leben, 588 weniger als im Vorjahr (5597), infolge Verbrennens mit Feuer starben 476 Personen gegenüber 879 im Jahre 1929, auch die Todesfälle durch Ertrinken haben mit 3499 (3648) nicht unbeträchtlich abgenommen.

Häufiger als im Vorjahr waren die tödlichen Verletzungen durch Feuerwaffen mit 453 (1929:

Wir bilden eine Abwehrfront gegen Terror u. Klassenkampf

Stärkt unseren Kampffonds!

Einsparungen auch kleinster Beträge auf Scheckkonto 298 der Zentrumspartei bei der Kreispartei Zweigstelle Brühl (Kontokorrent) Heiligsbergstr. 108a

Ein starkes Zentrum tut not!

„Gerechtigkeit, Arbeit und Opfer sind die Wege reicher zu Aufstieg und Freiheit.“ So sagte Brüning

Das Zentrum muß siegen

352) und durch schnelle und stehende Instrumente mit 143 (1932) sowie die Vergiftungen mit Pilzen 75 (15) und anderen Nahrungsmitteln. Die verhältnismäßig sehr hohe Zahl von Vergiftungen ist vermutlich darauf zurückzuführen, daß bei wachsender Arbeitslosigkeit auch zahlreiche unsachverständige Personen sich mit dem Einsammeln von Pilzen befassen.

Die durch Witterungseinflüsse bedingten gewaltigen Sterbefälle (Ertrinken, Sonnenstich und Bluthochdruck) waren im ganzen genommen mit 300 Fällen erheblich seltener als im Vorjahr (510), in dem die Zahl der Todesfälle durch Ertrinken infolge des strengen und langanhaltenden Winters 1929 mit 287 eine außergewöhnliche Höhe erreicht hatte. In dem verhältnismäßig milden Winter 1930 starben nur 54 Personen durch Ertrinken.

Durch Mord und Totschlag starben im Jahre 1930 1233 Personen, 57 mehr als im Vorjahr (1176), aber weniger als in den Jahren 1928 (1264) und 1927 (1300). Von den getöteten Personen waren 735 männlichen und 498 weiblichen Geschlechts. Dem Alter nach waren 480 Kinder von unter 15 Jahren, davon 295 Neugeborene im Alter von unter 1 Jahr, ferner 335 Jugendliche im Alter von 15 bis unter 30 Jahren, 345 Männer und Frauen im Alter von 30 bis 60 Jahren und 71 über 60 Jahre alte Personen. Bei zwei Personen ist das Alter nicht ermittelt. Die Häufigkeit der festgestellten Mordtötungen betrug im Jahre 1930 26,2 auf 100 000 Neugeborene, im Jahre 1929 30,7 und 1928 33,1 auf 100 000; sie ist in den letzten Jahren ständig zurückgegangen. — Ein Mann im Alter von unter 30 Jahren wurde im Jahre 1930 hingerichtet.

ben nicht. — Sie haben eine Wohnung zum Mietpreis von 900 RM. jährlich gemietet ohne besondere Abmachungen. Es gelten die Kündigungsbedingungen des § 567 BGB. Ist die Miete jährlich bemessen, so ist die Kündigung vierteljährig zulässig. Sie hat spätestens am 3. Tage des Quartals zu erfolgen.

Verforderter Gehalt. Ich habe als Junggeheile ein unbefristetes Haus erworben und möchte es nun meiner Frau übertragen. Daß dies durch notariellen Akt bzw. direkt am Grundbuchamt geschieht, weiß ich. Wichtiger ist es für mich zu wissen, welche Steuern ich zu zahlen habe. Der Einheitswert des Hauses ist 20 000 RM. — Sie wollen Ihrer Frau ein unbefristetes Haus überschreiben lassen und wissen nicht, welche Steuern Sie zu zahlen haben. In Ihrem Falle kommt nur Schenkungssteuer, keine Grunderwerbsteuer in Frage. Es sind in Ihrem Falle zu zahlen 2 1/2 Prozent vom Einheitswert von 20 000 RM gleich 500 RM an Schenkungssteuer. Soll mit der Übertragung ein Gültigkeitsnachweis erreicht werden, so macht man einen Ehevertrag, in dem das Haus als Vorbehaltsgut der Frau bezeichnet wird.

§ 100. Die Höhe der Bürgersteuer für 1931 richtet sich nach dem Einkommen des Jahres 1930. Hiernach sind Sie sehr wahrscheinlich steuerpflichtig. Nur wenn das Jahreseinkommen unter 500 RM bleibt, kommt in Ihrem Falle Steuerfreiheit in Frage. In besonderem Notfall kann natürlich die Gemeinde von der Erhebung absehen.

§ 20. Ja; aber nur für das Steuerjahr 1931.

Nr. 500. Lassen Sie sich bis zum Ablauf der Ausfertigungsfrist (20. 7. 32) einen Wahlschein ausstellen; Sie können damit allenwärts wählen.

Nr. 26 Schwabach. Es sind Gemeindesteuern. Die Vermögenssteuer kommt für Sie nicht in Frage, weil Sie die Freigrenze bei weitem nicht erreichen.

Nr. 100. Richtig. Den Wahlschein müssen Sie auf Reichsamt ausstellen. Papiermarkt gibt es heute nicht mehr.

Büchermarkt.

Theresientaler 1932 60 Pf. — Schulbrüder-Taler 1932 60 Pf. Schulbrüder-Verlag, Kirchbach-Willingen, Baden.

Den vielen Verehrern der kleinen Heiligen sei auch in diesem Jahre der reich illustrierte Theresientaler bestens empfohlen. Er bedeutet wiederum eine schlichte Hymne auf das Leben und Wirken der Heiligen und berichtet u. a. ausführlich über den Fortgang der Arbeiten der im Bau befindlichen Theresien-Basilika in Wien. Als Kunstbeilage enthält er ein ganz seltenes, bisher nicht veröffentlichtes Bild, das nach der letzten Photographie der Heiligen Theresia hergestellt wurde. — Der Schulbrüder-Taler wird die Ansprache jener voll auf befriedigen, die abwechselungsreiche Unterhaltung zu lesen wünschen. Die Freizeitsche und Zeitschriftenleser werden den Kalender besonders wertvoll. Beide Kalender eignen sich vortrefflich zu Geschenkzwecken.

Verantwortlich: Peter Becker, Brühl. Rotationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“ Buchdruckerei P. Becker GmbH Brühl.



Lokomotiven unter der Dusche

Unter Bild berichtet von einem wenig bekannten Vorgang bei der Reichsbahn: Vom Reinigen der Lokomotiven. Das Fahrzeug der Maschine wird von einer Anzahl auf und nieder schwankender Dampfgestalten getroffen, die in kurzer Zeit jeden Schmutz entfernen. Die verbrauchte Lauge wird in einem Sammelbehälter aufgefangen und kann so mehrere Male verwendet werden.

Briefkasten.

Kaufleute unter dieser Rubrik werden nur Briefe der W. B. erhalten und sind unverzüglich, Anfragen sind nur schriftlich unter Angabe des Namens und Wohnung der Mitteilung einzureichen. Anfragen durch Fernsprecher können nicht beantwortet werden. Ch. St. Eine Wohnung wurde zum Mietpreis von 900 RM. jährlich gemietet. Wie muß gekündigt werden? Besondere Abmachungen be-

Haben Sie sich schon den Kopf zerbrochen?
RM. 5000 - Preise winken!

Lassen Sie sich im Fachgeschäft kostenlos den interessanten Schwarzkopf-Prospekt „Kopf zerbrochen!“ geben und senden Sie Ihre Lösung schnellstens ein! Sie lernen dabei auch die Wirkung von „Haarglanz“ kennen, die Vervollkommen moderner Haarpflegel „Haarglanz“ fettet nicht und macht doch das Haar glänzend durch Neutralisation.



Die Frisur gelingt besser und die Welle hält noch einmal so gut. „Haarglanz“ ist ärztlich empfohlen und kann durch Zitronensaft- und Essigsäure nicht ersetzt werden! „Haarglanz“ liegt jedem Beutel Schwarzkopf-Schaumpon bei. Weiße Packung 20 Pfennig, grüne Extra-Packung und Spezialsorte Extra-Blond mit Schaumbrille 27 Pfennig.
SCHWARZKOPF-HAARPFLEGE
vollkommen durch „Haarglanz“

